

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger geht in seiner Einführung nicht nur auf die Zahlen, sondern auch über die Ziele des Haushaltes ein, weil der finanzielle Spielraum auch für die Gemeinde immer enger werde. Er verweist zur Situation und Prognose auf dem im Haushalt enthaltenen Textteil.

Bürgermeister Eger geht in seinen Ausführungen zum Haushalt zunächst auf die Bevölkerungsentwicklung und Situation in St. Leon-Rot ein, die er anhand von Folien darstellt und dabei ins Verhältnis zu Gemeinden der Größenklassen unserer Gemeinde sowie zu Land und Kreis stellt. Die Folien sind diesem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt.

Zur Bevölkerungsentwicklung St. Leon-Rot erklärt er in seinen Ausführungen, dass diese in den nächsten Jahren zurückgehen werde. Umso wichtiger sei es, die gute Infrastruktur der Gemeinde zu erhalten, um Anreize für Zuzug zu schaffen. Als Beispiel nennt er den Bau des Hallenbades, das die bisher vorhandenen Schwimmhallen ersetze.

An den Anfang seiner Ausführungen zum Haushalt stellt **Bürgermeister Eger** ein Schaubild zur Entwicklung der Gewerbesteuer, die die Jahre 1999 – 2014 umfasst. Die Folien für den Vortrag sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

In den weiteren Ausführungen spricht er die Zuführungen an den Vermögenshaushalt genauso an wie die zur allgemeinen Rücklage. Er geht auf die Eckdaten des Haushaltes ein und stellt Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes detailliert dar. Er erwähnt die wesentlichen Maßnahmen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Zum Schluss geht er auf die Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2014 und die Situation der allgemeinen Rücklage im Zeitraum 2009 – 2014 ein. Er spricht auch den Hebesatz für die Gewerbesteuer an, über dessen Erhöhung auf 290 Punkte 2011 beraten und entschieden werden soll, weil sich die Grundlage für die Absenkung geändert hat.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird nach § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Eger! Ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll. Heute haben wir die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2011 auf der Agenda. Der Haushalt hat immer noch ein stolzes Volumen in der Größenordnung von 70 Millionen Euro, was für Gemeinden in unseren Größenordnungen sehr beachtlich ist. Hiervon entfallen 43 Millionen auf den Verwaltungshaushalt und der Vermögenshaushalt weist die restlichen 27 Millionen aus. Das Haushaltsvolumen unserer Gemeinde ist in den letzten Jahren geringer geworden, wie unser Herr Bürgermeister auch schon vorgeführt hat. Verantwortlich für das Schrumpfen sind die sinkenden Einnahmen. Wir möchten hier nur die Hauptpositionen gegenüber stellen. Die Grundsteuer ist im Prinzip gleichgeblieben. Die Gewerbesteuer sank von 49 Millionen aus dem Jahre 2008 auf 21,3 Millionen in 2011. Unbekannt sind uns hierbei für die Zukunft noch die Auswirkungen des Rechtstreites mit unserem größten Steuerzahler, mit der Fa. Oracle. Der Einkommensteueranteil war 2008 bei 5,4 bis 2011 bei 4,7 und eine wesentliche Einnahme waren die Zinsen, die 2008 noch mehr als 3 Millionen betragen haben oder betragen und heute sind wir bei 0,9 Millionen. Hier sieht man ganz deutlich, dass die Einnahmen in St. Leon-Rot nicht mehr stetig nach oben gehen. Wir sind in einer Phase, in der die Einnahmen konsolidiert und sich auf realistische Werte in unseren Augen eingestellt hat oder haben. In Zeiten steigender Einnahmen sind natürlich die Wünsche und Begehrlichkeiten in der Vergangenheit enorm gewachsen. Wir haben heute den Haushalt für das Jahr 2011 zu verabschieden und gleichzeitig die Finanzplanung bis ins Jahr 2014 zu integrieren. Wir, die Fraktion der Freien Wähler, setzen uns für eine nachhaltige Ausgabenpolitik ein. Bis in das Jahr 2008 konnten wir aus dem Verwaltungshaushalt Gelder in den Vermögenshaushalt überweisen, d.h. unsere Rücklagen sind bis zu diesem Zeitpunkt angewachsen. In den Jahren 2009 und 2010 mussten wir jedoch insgesamt in der Summe 12 Millionen Euro aus dem Vermögenshaushalt entnehmen, damit wir den Verwaltungshaushalt ausgleichen können. Im Haushaltsjahr 2011 sind weitere 7 Millionen geplant, die wir vom Vermögenshaushalt entnehmen müssen. Im Klartext heißt es für uns alle, zurzeit schmelzen unsere Rücklagen dahin. Wie von uns in der Vergangenheit vorgesehen und mehrfach angekündigt, werden wir ab dem Jahre 2012 leider unsere Umlagen nicht mehr aus unseren Rücklagen aufbringen können. Es wäre wunderbar, wenn diese Situation nicht wäre, aber leider belegen die Zahlen bei der momentanen Prognose der Steuereinnahme dieses Ergebnis oder spiegeln es wider. Wie alles im Leben hat auch der Geldbeutel der Gemeinde St. Leon-Rot zwei Seiten. Während wie gesagt die Einnahmen gesunken sind, sind auf Grund verschiedener Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen die fixen Ausgaben gestiegen und steigen weiter an. Wir möchten hier einige Beispiele nennen.

Zum Beispiel die Kinderbetreuung war im Jahr 2008 bei 1,7 Millionen und mittlerweile ist es auf 3,7 Millionen Euro gestiegen. Der jährliche Zuschuss zum Hallenbad wird im Jahre 2013 einen stolzen Betrag von voraussichtlich 640.000 Euro erreichen. Bisher bzw. in der Vergangenheit wurde der notwendige Zuschuss für die Bäder von der Erholungsanlage St. Leoner See getragen. Die Personalkosten sind ebenfalls um 417.000 Euro in den letzten 4 Jahren gestiegen. Wir Freie Wähler, möchten uns jetzt auf unsere selbstverständlichen Ziele eingehen und möchten die auflisten. Unsere oberste Priorität ist wie in den vergangenen Jahren Rücklagen zu schaffen, damit wir unsere Verbindlichkeiten aus diesen oder denselben bestreiten können. Die Eigenbetriebe sind zurzeit mit zirka 12 Millionen Euro an Krediten aus dem Kernhaushalt ausgestattet. Wenn wir diese Gelder zurück in den Kernhaushalt holen würden, wäre die Pro-Kopf-Verschuldung bei zirka 1.000 Euro und wir müssten wahrscheinlich höhere Verbrauchsgebühren bezahlen. Wir möchten klar betonen, der Kern-

haushalt der Gemeinde ist schuldenfrei. Wir müssen unsere eigenen, gemeindeeigenen Immobilien wärmetechnisch sanieren, damit wir Gelder in der Unterhaltung sparen und zur CO₂-Reduzierung in der Zukunft beitragen können. Wir appellieren hier an alle Mitglieder im Rat, wir müssen hier endlich zu Taten schreiten und nicht immer von erneuerbaren Energien sprechen und uns immer für alte Techniken entscheiden.

Die Pflichtaufgaben möchten wir kurz zusammenfassen. Die Kinderbetreuung und die Ganztagsbetreuung ist auszubauen oder auf dem Stand zu halten. Dann die Schullandschaft: hier wissen wir alle mit der Einführung der Werkrealschule war der organisatorische Part mehr oder minder an die Schulleitung abgegeben, aber was von der baulichen Substanz geändert werden muss oder was noch gemacht werden muss, müssen wir natürlich noch umsetzen und tragen, wenn man das Konzept weiß. Straßensanierung ist ebenso ein Punkt. Nach diesem strengen Winter haben wir mehrere Schlaglöcher ... (Wechsel des Tonbandes)

... Wasserversorgung und im Übrigen was jetzt Wasser- und Abwasserversorgung zusammen betrachtet anbelangt, sind wir der Meinung, dass die Wasser- und Abwassergebühren pro Kubikmeter zusammengezählt werden muss und hier liegen wir im Moment bei 3,21 € im Landesdurchschnitt und die von uns genannten Punkte gehören zur Infrastruktur und beschreiben natürlich auch die Lebensqualität einer Kommune. Wenn wir über den Daumen die Pflichtaufgaben zusammenzählen, dann haben wir hier einen Invest in den nächsten Jahren in der Größenordnung von 12 Millionen Euro ungefähr zu leisten.

Wir benötigen weiterhin für die Investitionen in Wasser-/Abwasserbetriebe und was auch den St. Leoner See anbelangt, teilweise wurden diese Aufgaben bereits 2010 in der Vergangenheit erledigt. Auf Grund der veränderten Einnahmensituation werden wir nicht umhin kommen, mittelfristig auch den Gewerbesteuerhebesatz auf den Berechnungssatz der FAG-Umlagen des Landes Baden-Württemberg auf die Höhe von 290 von Hundert anzupassen.

Im vorliegenden Haushalt sind auch freiwillige Aufgaben verankert, die die Gemeinde zurzeit noch in der Lage ist, zu leisten. Hier sehen wir in erster Linie die Verbesserung und Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Hier vor allem die Anpassung des Halbstundentaktes zum Bahnhof und hiermit eine Verbesserung des innerörtlichen Personenverkehrs. Ebenso ist uns wichtig, dass der St. Leoner See angebunden wird und auch im Stundentakt dann der Bahnhof Neulußheim für die Strecke Mannheim-Karlsruhe angedient werden kann. Wir freuen uns, dass endlich die Planungsrate und der Invest für das Jugendzentrum eingestellt sind oder wurden. Die Fraktion der Freien Wähler hatte in der Vergangenheit bereits mehrfach den Antrag zur Einrichtung eines Jugendzentrums gestellt. Das Provisorium auf dem AWO-Gelände stößt an seine Kapazitätsgrenze und wir müssen uns im Rat über einen zentralen Standort bemühen. Das bisherige Pilotprojekt für einen Bewegungspark für mehrere Generationen sollte bei Annahme der Geräte und bei positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung weiter ausgebaut werden. Die eingestellte 1 Million Euro für die Lärmschutzwand wird von uns begrüßt, erscheint uns aber als zu gering. Die Verbesserung der Lärmsituation ist wünschenswert, Voraussetzung ist aber hier auch die Planungssicherheit des Bundes. Was für uns auch wichtig ist, ist die Verlegung der 110 kV-Leitung für die weitere Entwicklung der Gemeinde St. Leon-Rot, eine elementare Grundmaßnahme. Wir bitten die Verwaltung diese Position mit in den Haushalt aufzunehmen. Herr Eger, wir hoffen, dass Sie uns hier unterstützen werden, denn bei Ihrer Anfangsrede oder Situation der Gesamtgemeinde haben Sie auch erwähnt, dass wir dafür Sorge tragen müssen, damit wir eine attraktive Wohngemeinde bleiben für die Zukunft. Wie Sie auch erwähnt hatten, ist der Planungsansatz für den Rückbau bzw. Umbau der Ortsdurchfahrten St. Leon-Rot ausreichend was die Planung anbelangt. Wir sind aber der Auffassung, dass die eingesetzte Investitionssumme zu niedrig ist und wir sie wahrscheinlich bei Bedarf anpassen müssen.

Wir bitten die Verwaltung die Planung bzw. den Neubau einer öffentlichen Gemeindebibliothek mit dem Ziel einer Begegnungsstätte für Jung und Alt umzusetzen. Viele Jahre haben wir Freie Wähler kompromissbereit dieses Vorhaben zurückgesteckt. Letztendlich sollte man diese Maßnahme in den Fokus der Gemeindeentwicklung rücken. Die Vereinsförderung und Unterstützung von kirchlichen Jugendgruppen würden wir begrüßen, solange wir diese uns leisten können.

Herr Eger, wir bedanken uns bei Ihnen, bei unserem Kämmerer Herrn Zorn, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die hervorragende und übersichtliche Erstellung des Haushaltes 2011, ebenso für die Vorberatungen möchten wir uns bedanken, dass die Klausurtagung für uns dieses Mal auch vom Ablauf her, was wir viele Jahre gefordert haben, entgegengekommen ist. Und wir, die Fraktion der Freien Wähler, können dem Zahlenwerk im Großen und Ganzen zustimmen, haben jedoch zwei explizite Erweiterungsanträge.

Der erste Erweiterungsantrag ist: Die Planungsrate der Sporthalle soll auf 30.000 € und der Invest in den Jahren 2012-2014 auf in unseren Augen realistische Betrag von 1,2 Millionen Euro reduziert werden. Des Weiteren stellen wir den Antrag, die Planungsrate mit einem Sperrvermerk zu versehen. Hierdurch ist gewährleistet, dass mit den Planungen erst begonnen wird, wenn der Gesamtgemeinderat über den Bau entschieden hat. Wie bei unserer Haushaltsrede 2010 bereits vorgetragen sehen wir nach wie vor keinerlei Notwendigkeit zum jetzigen Zeitpunkt einer Großsporthalle und ich begründe oder wir begründen die Bezeichnung Großsporthalle auf Grund der 4 Millionen Euro, die eingeplant sind. Hinzu kommt noch, dass in dem uns vorliegenden Entwicklungsplan der Sportstätten in St. Leon-Rot wir entnehmen können, dass selbst die Gemeindeverwaltung der Auffassung ist, dass die Sporthalle nach Abarbeitung verschiedener Alternativen nicht notwendig sein könnte. Des Weiteren fehlen uns bis heute die Bedarfszahlen, der demographische Wandel wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.

Wir sollten auch, und das ist auch ein Hauptgrund, unsere bereits begonnenen Projekte abschließen und mit den neuen jährlichen Fixkosten, die uns in 2-3 Jahren erwarten, leben. Danach sehen wir, was wir uns leisten können und was nicht. Der Bau einer weiteren Sporthalle ist in der derzeitigen wirtschaftlichen Haushaltslage unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nicht verantwortbar. Es sind nicht nur die reinen Baukosten, sondern auch die Folgekosten in Höhe von mindestens 300.000 Euro jährlich. Wir möchten aber dieses Jahr dem Haushalt zustimmen, wenn diese Änderungen eingebracht werden.

Als zweitens stellen wir den Antrag eine Planungsrate für die Verlegung der 110 kV-Leitung mit in den Haushalt aufzunehmen. Notwendige Mittel sind nach dem Abschluss mit den Beratungen der EnBW in den Haushalt mit aufzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit für meine langen Ausführungen!

Bürgermeister Eger erläutert, dass der Anstieg der Personalkosten vor allem darauf zurückzuführen ist, dass verschiedene Altersteilzeitanträge genehmigt wurden und die Tarifierhöhungen eingerechnet sind. Der Personalbestand in den letzten 10 Jahren bewege sich im Wesentlichen auf dem gleichen Stand. Zum Lärmschutz an den Autobahnen informiert **Bürgermeister Eger**, dass am 1. Februar ein Gespräch mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium in St. Leon-Rot stattfinden wird, um konkretere Informationen zu erhalten.

Auf den 2. Teil des Antrags der Freien Wähler eingehend, erklärt **Bürgermeister Eger**, dass er, nachdem dieser nicht beziffert wurde, davon ausgehe, dass auf Grund der Vorgespräche ein Anteil von 20.000 Euro vorgesehen wird. Bei der Sporthalle werde die Planungsrate von 50.000 auf 30.000 Euro gemindert und unter den Sperrvermerk des Gemeinderats gestellt werden, wodurch für weitere Maßnahmen die Freigabe durch den Gemeinderat erforderlich wird. Er gehe davon aus, dass die Planung hausintern vom Bauamt erfolgen kann. Auf die Sportstättenbedarfsplanung hinweisend führt er aus, dass diese dem Gemeinderat bereits zugänglich gemacht, jedoch noch nicht diskutiert wurde. Es sollte jedoch trotz der vielen Maßnahmen im Gemeinderat erfolgen. Zum Finanzierungsbetrag für die Sporthalle in den Folgejahren schlägt **Bürgermeister Eger** vor, 2012 200.000 Euro und in den Jahren 2013 und 2014 je 500.000 Euro vorzusehen. Bisher waren in dem Zeitraum insgesamt 4 Millionen Euro veranschlagt. Hinsichtlich der Realisierung habe er persönlich Bedenken, ob dies im vorgesehenen Zeitraum machbar sei, weil die Nachfolgenutzungen der Schwimmhallen oder die Ganztagesbetreuung an den Schulen Vorrang hat.

Anschließend verliert **Bürgermeister Eger** den Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2011 nach dem neben den bereits beschlossenen Wunschaufgaben nur noch die Pflichtaufgaben eingestellt werden sollen. Damit werde der Antrag in die Beratung eingefügt.

Der Antrag ist diesem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt.

Gemeinderat Gerhard Haffner zeigt sich verwundert, dass der Antrag der SPD-Fraktion verlesen wird und der seiner Fraktion nicht.

Bürgermeister Eger erklärt, dass der Antrag der Fraktion der CDU St. Leon-Rot in einer Sitzung gestellt und verteilt wurde und deshalb bekannt sei.

Der folgende Beitrag von **Gemeinderat Gerhard Haffner** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Ich darf auch bitten, meine Ausführungen ins Wortprotokoll aufzunehmen.

Die CDU Fraktion St. Leon-Rot stellt den Antrag: Überprüfen und Untersuchen hinsichtlich der geplanten Bauvorhaben wie Jugendzentrum, Bücherei und Sporthalle in einem Gebäudekomplex Standort direkt neben dem Hallenbad zu überprüfen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eger! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Laut Vermögenshaushalt 2011 der Gemeinde sind acht Planungsrate für Bauvorhaben eingestellt. Sämtliche Investitionen hinsichtlich des Horts und der Ganztagesesschuleinrichtungen werden von der Fraktion CDU St. Leon-Rot mitgetragen. Diese Investitionen sind unumgänglich und müssen vorangetrieben werden. Bekanntlich werden bereits von der Gemeinde Planungen vorgenommen an denen mittlerweile auf Grund der Zeitverschiebung weitere Planungen folgen müssen wie nun das Schulkonzept aussehen soll. Es bleibt abzuwarten, wie man sich entscheidet und welchen Weg man einschlägt. Ob nun die Ganztageschule offen oder gebunden oder Hort ins Gewicht fallen soll, muss noch entschieden werden. Eines dürfte klar sein. Dass keine Provisorien die entgültigen Lösungen sein können.

Dass eine Planung zur Umgestaltung Rückbau der Ortsdurchfahrt Rot weiter vorangetrieben werden soll, ist für unsere Fraktion klar. Natürlich sind die Aspekte des Landessanierungsprogramms in dieser Planung aufzunehmen und umzusetzen.

Auch ist sich die CDU St. Leon-Rot im Klaren, dass die Planungen für die Umnutzung Schwimmhalle St. Leon vorangetrieben werden, egal und unabhängig von der weiteren schulischen Entwicklung. Die freiwerdenden Räume können nur vom Musikverein in Gebrauch genommen werden, da ein ständiger Umbau nicht gewünscht wird und auf Grund der großen Instrumente des Musikvereins nicht machbar ist. Hinsichtlich des Umbaus der Sporthalle St. Leon in eine Mensa-Ganztagesbetreuung der Mönchsbergschule wollen wir uns distanzieren. Nach Rücksprache mit dem Bauamt konnte in Erfahrung gebracht werden, dass sich dieser Umbau äußerst schwierig gestaltet und offensichtlich zu viel Geld verschlingt.

Gleichfalls sind die Planungen für den Umbau des Gebäudekomplexes der Schwimmhalle Rot ins Auge zu nehmen. Es wird davon ausgegangen, dass das Bauamt eine genaue Prüfung vorgenommen und zum

Schluss gekommen ist, den Gebäudekomplex abzubauen. Dieses Gelände stünde dann zwecks weiterer Planung der Parkringschule hinsichtlich der Kernzeitbetreuung etc. zur Verfügung.

Es bleiben dann noch die Planungsfragen für das Jugendzentrum, Bücherei und Sporthalle übrig. Sollte eine neue Sporthalle entstehen, schließen wir einen Bau eines Gymnastikraums aus, da diese Aktivitäten in einer neuen Sporthalle stattfinden können. Eine neue Sporthalle halten wir immer noch für sinnvoll und notwendig, da die Hallenstunden für unsere Vereine nicht ausreichen. Beim Bau der Sporthalle des PGL dachte man könnte hier eine Entlastung der Hallenstunden bekommen. Anfangs war dies möglich. Mittlerweile wurden fast alle Vereine aus dem Konzept des PGL genommen. Das PGL benötigt ihre Hallenstunden für den Golfclub und für den Förderstützpunkt Frauenfußball. Somit scheidet die Nutzung der PGL Halle für unsere Vereine gänzlich aus. Die Fraktion CDU St. Leon-Rot plädiert für eine neue Sporthalle, da dieses Bauvorhaben der Gesamtgemeinde zugute kommt. Diese Sporthalle sollte für Trainingszwecke zwei Spielfelder enthalten und bei Bedarf mit einer ausziehbaren Tribüne versehen werden. Somit wäre für alle Belange der Gemeinde St. Leon-Rot doch in erster Linie für die Jugendarbeit unserer sporttreibenden Vereine Rechnung getragen. Auf Grund der Kapazität wären noch weitere Sportaktivitäten wie Gymnastik, etc. möglich. Bei dieser Maßnahme wäre noch zu erwähnen, dass bei zukünftigen Planungen der Harres GmbH für eventuelle Großveranstaltungen der Geschäftsleitung ein größerer Handlungsspielraum entstehen würde.

Betrachtet man die 3 Planungsrate Jugendzentrum, Sporthalle, Bücherei, stellt sich für die CDU Fraktion St. Leon-Rot die Frage, ob es nicht Sinn machen würde, dieses Bauvorhaben in einem Gebäude zu realisieren und dieses Gebäude zentral zu platzieren. Als geeigneter Platz würde sich das Gelände neben dem Hallenbad anbieten. Für diese Überlegungen gibt es viele Vorteile: Ein Gebäude, geringer Grundstücksaufwand, günstige Bauwirtschaftskosten, Energie eventuell Zusammenlegung Bad Sporthalle, geringe Personalkosten wie Hausmeister, Reinigungsfrauen etc., soziale Komponente, Mehrsportnutzung, zentrale Lage in der Ortsmitte auf Gemeindebedarfsflächen, Wegfall von zwei kleinen Büchereien, Personal- und Angebotsverbreiterung, Verzicht auf eine Gymnastikhalle, da neue Sporthalle das Angebot ergänzt, Stundenangebot für das Jugendtraining unserer Vereine wird erhöht, geringeres Gesamtvolumen, Gebäudekomplex optimal ausrichten zur Anbringung einer Photovoltaik-Anlage zur Energiegewinnung für die Gesamtgemeinde. Aus diesen genannten Gründen beantragt die Fraktion CDU St. Leon-Rot, bei den weiteren Planungen zu diesen Bauvorhaben eine Variante Gebäudekomplex St. Leon-Rot 2011 Jugendzentrum, Sporthalle, Bücherei in den Planungsplan mit aufzunehmen.

Nun möchte ich zum eigentlichen Haushalt kommen. Der Verwaltungshaushalt war in den Vorberatungen bei allen Fraktionen unstrittig. Doch erwähnenswert für uns sind die 3,8 Millionen, die als größter Posten für die Kleinkindbetreuung zu Buche schlägt.

Geprägt ist der Vermögenshaushalt 2011 darüber hinaus durch die im Gemeinderat beschlossene vorzeitige Beendigung des Leasing-Modells für das neue Rathaus, die Kindergärten St. Nikolaus und St. Elisabeth und des Bauhofes mit insgesamt knapp 9,5 Millionen Euro.

Ein weiterer großer Brocken ist das bereits erwähnte Darlehen von 3,7 Millionen Euro für den Eigenbetrieb St. Leoner See zur Finanzierung des neuen Hallenbades und Restmaßnahmen beim See sowie eine Kapitalzuführung an den Eigenbetrieb für die Realisierung eines neuen Seerestaurant. Beides ist für uns konsequent und ist in sich schlüssig, nachdem die Beschlüsse so gefasst wurden, dass der Eigenbetrieb St. Leoner See das neue Hallenbad bauen und betreiben soll.

Hinsichtlich der veranschlagten Mittel von 400.000 Euro für die Sanierung der Friedhöfe in St. Leon und Rot sind wir noch etwas unglücklich, da wir noch keinerlei Informationen über das Ausmaß der Sanierung kennen. Da wir jedoch grundsätzlich für eine Sanierung der Friedhöfe sind, gehen wir davon aus, dass wir zeitnah von der Verwaltung entsprechende Vorschläge zur Beratung bekommen. Unstrittig ist die Erweiterung der Urnenstellen im Friedhof St. Leon, der Bedarf ist offensichtlich vorhanden.

Wir freuen uns, dass der zweite Bauabschnitt der Park- und Ride-Anlage in 2011 realisiert werden soll und befürworten die von der Gemeinde St. Leon-Rot als Mitfinanzierung eingestellten Mittel in Höhe von 300.000 Euro. Das Umfeld des Bahnhofes wird dadurch sichtlich deutlich verbessert und aufgewertet und die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, speziell S-Bahn, noch attraktiver. Der nächste Schritt ist auch schon angelaufen. Die Planung zur Verlängerung des Bahnsteiges, um künftig längere S-Bahnen in Betrieb zu nehmen, wird unterstützt. Wir unterstützen auch diese Planungen.

Auch bereits beschlossen wurde die Gewährung eines Darlehens in Höhe von 1,2 Millionen an den Wassergewinnungszweckverband, der ja wie zwischenzeitlich bekannt, ein neues Wasserwerk bauen muss. Die Gewährung dieses inneren Darlehens wird von uns unterstützt, um so über festgelegte Zinsen einen gewissen Einfluss auf die Gebühren nehmen zu können.

Außerdem sind im Vermögenshaushalt 2011 knapp 200.000 Euro für Ersatzbeschaffung von Bauhoffahrzeugen vorgesehen. Wir alle haben die letzten Wochen wieder gesehen, wie wichtig es ist, eine funktionierende und einsatzbereite Fahrzeugflotte zu haben. Wir stimmen dieser Veranschlagung, Ersatz- und Ergänzungsmaßnahmen auf jeden Fall zu. Des Weiteren wäre uns wichtig, die Streusalzkapazität zumindest zu verdoppeln. Diese Maßnahmen werden wir unterstützen und gegebenenfalls überplanmäßig genehmigen.

Etwas bereitet und zwischenzeitlich die Entwicklung des Erdwalls an der Umgehungsstraße. Hier haben sich Dinge im Bereich der Natur und Artenschutz ergeben, die wenn man das alles vorher gewusst hätte, vielleicht die Entscheidung etwas differenzierter getroffen worden wäre. Immerhin werden allein die artenschutzrechtli-

chen Maßnahmen allein etwa 140.000 € kosten. Dazu kommen die Kosten für die Planung und Bau des Walles. Hier wäre vom Flurbereinigungsausschuss eine schnellere Umsetzung der Herstellung des Erdwalls von Vorteil gewesen. Hier möchte ich noch anmerken, dass zu bedenken ist, dass durch den Erdwall keinerlei schalltechnische Vorteile entstehen und hier diese Mittel eher für einen Lärmschutz an der Autobahn A5/A6 sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Für die Platzgestaltung Amselweg/Kronauer Straße sind 2011 Mittel in Höhe von 190.000 eingestellt. Wir hoffen, dass in 2011 diese Maßnahme nun endlich umgesetzt wird.

Auch eine Um- und Neugestaltung gegenüber dem Edeka-Markt ist angesagt und wird von uns befürwortet. Die letzte größere Position im Vermögenshaushalt, die ich noch ansprechen möchte, sind die Investitionszuschüsse an unsere Ortsvereine in Höhe von 660.000 €. Wesentlichen Anteil haben hier die Anhänger unserer beiden Fußballvereine, die beide einen Kunstrasenplatz beantragen. Über den Antrag des VfB wurde bereits beschlossen. 200.000 € Zuschuss wurde von der Gemeinde gewährt. Der FC Rot hat in seinem Antrag einer Kalthalle mit Photovoltaik und Kunstrasen mit Baukosten von zirka 1,2 Millionen gerechnet. Der Zuschuss durch die Gemeinde würde sich somit auf zirka 400.000 € belaufen. Sollte der FC Rot nach seiner angekündigten Bedenkzeit den Antrag aufrecht erhalten, werden wir den Antrag des FC Rot offen aufnehmen, hoffen und wünschen jedoch eine solide und stabile Finanzierung dieses Mammutprojektes.

Noch kurz zu den Eigenbetrieben: in den Eigenbetrieben Wasser und Abwasser werden sich die Renovierungsmaßnahmen außer dem schon erwähnten Neubau des Wasserwerkes wie im vergangenen Jahr fortsetzen.

Das waren eigentlich jetzt meine Ausführungen zu dem Haushalt. Ich werde jetzt jeder Fraktion die Möglichkeit geben, bevor ich dann in die andere Ausführung von Herrn Ittensohn dann aussprechen will. Zu der kV-Leitung wird mein Kollege Roman Heger das Statement halten. Danke!

Bürgermeister Eger geht auf den Antrag ein und erklärt, dass die Verwaltung diesen so aufgefasst habe, inhaltlich über die angesprochenen Projekte zu beraten und falls Kosten anfallen, auf die entsprechenden Planungsrate zurückzugreifen. Deshalb müsse darüber in einer Gemeinderatssitzung beraten werden, wirke sich jedoch nicht auf den vorgelegten Haushalt aus.

Der Vollständigkeit halber führt **Bürgermeister Eger** den Antrag der FDP-Fraktion auf, mit dem die Aufnahme einer Planungsrate zur Neugestaltung des Jugendzentrums beantragt wurde. Darin wird auf die befristete Nutzung der AWO-Räumlichkeiten und den vom Gemeinderat befristet genehmigten Betrieb hingewiesen. Darin wurde beantragt, rechtzeitig vor Ablauf der 3-Jahres-Frist mit der Planung Neugestaltung des Jugendzentrums zu beginnen. Dafür wurden im Vermögenshaushalt 50.000 Euro als Planungsrate eingestellt.

Der Beitrag von **Gemeinderat Ferdinand Speckert** wird entsprechend § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Herr Eger, meine Damen und Herren!

Letztes Jahr ging's ja hier schon zur Sache. Ich hab letztes Jahr hier eine andere grundsätzliche Einschätzung der Gemeindefinanzsituation erläutert, dargelegt und leider, wir haben es heute Abend aus den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Eger vernommen, es hat sich bestätigt. Herr Eger vielleicht ohne Hilfe von Statistiken, bei den vielen Wünschen, die wir heute Abend gehört haben, setze ich eines voraus. Dass der Verwaltungshaushalt einer Kommune immer entsprechend positive Zuführungsraten erwirtschaftet, damit er für Investitionen also für den Vermögenshaushalt zur Verfügung steht.

Fakt ist, dass wir 2007 das letzte Mal hier positive Zuführungsraten erwirtschaftet haben. Also ich verstehe natürlich das Bedürfnis sehr vieler Vereine, auch vieler Anliegen der Kolleginnen und Kollegen, was wir hier in den nächsten Jahren alles tun wollen. Und ich nehme dankbar den Faden auf, den die SPD formuliert hat, nämlich der Pflichtaufgaben. Von den Pflichtaufgaben her begrüßen wir natürlich hier die Ansätze im Verwaltungshaushalt für die Schulen, für die Kindergärten, für die Straßen, für die Feuerwehren, für Dinge, die wir uns hier unterm Jahr intensiv mit beraten haben. Da sind wir dafür und sagen jawohl, das muss so sein. Und der Kollege von den Freien Wählern hat es ja auch beziffert, welche Welten hier innerhalb weniger Jahre sich da entwickelt haben, nämlich mehr als eine Verdoppelung. Das sind strukturelle Änderungen, Verschiebungen, die künftig hier im Gemeindehaushalt Niederschlag finden.

Und wenn wir künftig viele Dinge machen wollen im Vermögenshaushalt, dann müssen wir uns fragen, ja wie stemmen wir das eigentlich, ohne dass man die Bürger dann postwendend zur Kasse bitten durch Gebühren und Steuererhöhungen.

Herr Eger, ich war vor Jahren, da bitte ich Sie, bitte zum Thema zu kommen, vielleicht mit einer kurzen Erläuterung nachher, nicht derjenige, der das Wort geredet hat bei der Reduzierung der Gewerbesteuerhebesätze. Ich kann mich noch gut dran erinnern an eine Veranstaltung mit dem Herrn Brand, damals Finanzvorstand der SAP, wo ich entsprechend die Gegenrede auch im Namen der Kommune entsprechend formuliert habe und auf die Notwendigkeit zumindest auf den Vergleichssatz FAG 290 % Hebesatz verwiesen habe. Mir ist es nicht gelungen, hier im Gemeinderat eine Mehrheit dafür zu finden. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass Sie heute Abend hier das zumindest erwähnen und in den Raum stellen. Aber allein rein von der Betrachtung her: Ich bin der Meinung, dass der Vermögenshaushalt künftig hier gedeckelt werden muss aus eigener Kraft und das wir hier ausgeglichene Haushalte brauchen, um uns nicht zu verschulden. Und daher werden wir folgenden Antrag formulieren. Wir werden verzichten auf alle möglichen Details, sondern werden es hier überschaubar formulieren. Herr Eger, auf Grundlage dieser Grundbetrachtungen werden wir folgenden Antrag

zum Haushalt 2011 stellen.

Die Fraktion Junge Liste/CDU Rot stellt auf Grund des vorliegenden Haushaltsentwurfes 2011 folgenden Antrag:

Die Haushaltskonsolidierung ist im Gegensatz zu dem vorliegenden Zahlenwerk bereits im laufenden Haushalt 2011 einzuarbeiten. Der Haushalt als auch die Finanzplanung zeigen bereits für das Jahr 2012 keine Deckung der Umlageverpflichtungen in Relation der Verpflichtungen der allgemeinen Rücklage. Die Entwicklung in den Folgejahren durch Nichteinhaltung der Umlageverpflichtung wird sich demnach weiter verschärfen. Bereits in unserer Stellungnahme zum Haushalt 2010 haben wir auf die Risiken, d.h. Steuerausfälle als auch gestiegene Pflichtaufgaben, wie in den Bereichen Kindergarten und Schulbereich, erkennbar hingewiesen. Trotz alledem und das schließt heute Abend das nicht aus, sind in der Öffentlichkeit immer wieder neue Zusagen in den Raum gestellt worden. Eine solide Haushaltsführung kann dies nicht mehr rechtfertigen. Wir stellen daher den Antrag, das laufende Hallenschwimmbad im Jahr 2011 abzuschließen, jedoch alle anderen im Haushaltsentwurf aufgeführten Investitionsplanungen zurückzustellen. Dies wären konkret: Herausnahme der Planungsdaten Schülerhort Planung St. Leon, Schülerhort Planung Rot, Bibliothek Rot, Umbau Hallenbad Rot, Umbau Hallenbad St. Leon, Jugendzentrum, Sporthalle St. Leon. Insgesamt ergeben diese Wünsche einen Planungsansatz von zirka 327.000 oder 360.000 Euro je nachdem, wie Sie entsprechend die Zahlen hier zusammen addieren. Dies wäre nach unserer Meinung erst der Abschluss der laufenden Investition Schwimmbad neu zu prüfen, zu überarbeiten und zu entscheiden, sofern der finanzielle Handlungsspielraum dies ermöglicht.

Des Weiteren, als zweite Hauptmaßnahme, sollte die vorgesehene Errichtung eines Restaurant-Neubaus im St. Leoner See in Höhe von 500.000 Euro ebenfalls zurückgestellt werden. Hier reicht unserer Meinung nach künftig eine Kiosk-Lösung. Im Übrigen bitten wir um Verbesserungsvorschläge in den Bereichen Schwimmbad als auch Harres, um die strukturellen Belastungen für den Gemeindehaushalt in Zukunft zu begrenzen. Um kurzfristig Investitionen im Vermögenshaushalt aus eigener Kraft zu realisieren, sind grundsätzlich positive Zuführungen des Verwaltungshaushaltes notwendig. An diesem Ziel halten wir ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen nach wie vor fest.

Wir bitten hier um Unterstützung im gesamten Gemeinderat. Wir wissen auch, dass wir hier mit dieser Absage an bestimmte Bedürfnisse im nächsten Jahr es nicht jedem Recht machen können und dass dies ein Streitpunkt ist und dazu stehen wir. Wir sehen hier in erster Linie, nachdem hier unsere, in den Vorjahren zu sehende, enorme Rücklage, nachdem sie abgeschmolzen ist, akuten Handlungsbedarf.

Danke für das Verständnis!

Der Antrag ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Eger stimmt dem Redner hinsichtlich der Bedenken wegen der Absenkung der Gewerbesteuer zu, erwähnt aber, dass bereits damals darauf hingewiesen wurde, dass bei nachhaltigen Änderungen der Rahmenbedingungen Handlungsbedarf entsteht. Dies sei der Grund gewesen, dass die Festlegung des Hebesatzes in einer gesonderten Satzung vorgenommen wurde, um diesen aus dem Haushalt heraus zu nehmen, was größere Flexibilität ermögliche. Der grundsätzliche Beschluss einer positiven Zuführung zum Vermögenshaushalt sei auf Grund der Schwankungsbreite bei den Steuereinnahmen nicht möglich. Über die im Antrag konkret geforderten Änderungen müsse der Gemeinderat entscheiden. Es sei wichtig, dass zu den Maßnahmen Planungsdaten und weitere Finanzierungsbeträge im Haushalt enthalten sind, um den Aufwand und die folgenden Kosten darzustellen. Er sei der Meinung, die Planungsdaten im Haushalt zu belassen, ohne konkret darzustellen zu können, wann die einzelnen Maßnahmen umgesetzt werden können. Allerdings liegen in einzelnen Fällen auch Entscheidungen des Gemeinderates zugrunde, der die Umsetzung zu folgen hat. Als Beispiel nennt er die Kernzeitbetreuung Rot und die Übernahme der Trägerschaft der Kleinen Strolche im Bereich Kinderbetreuung.

Er erklärt, dass der Gemeinderat zu den Änderungsanträgen noch zu entscheiden habe. Er spricht in seinen weiteren Ausführungen auch die Diskrepanz zwischen den Investitionen und Unterhaltungsaufwendungen der Gemeinden an, was dazu geführt habe, die Betrachtungsweise mit Hilfe des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen zu verändern, um den Werteverzehr darzustellen und zum Ansammeln von Reserven für die Erhaltung aufzufordern. Derzeit werde der bestraft, der hohe Unterhaltungsaufwendungen habe gegenüber dem, der viel investiere.

In der Stellungnahme der SPD-Fraktion geht **Gemeinderätin Andrea Heim** darauf ein, dass auf Grund geringerer Mittel geprüft werden müsse, was realisiert werden könne. Außerdem finde ihre Fraktion, dass im vorliegenden Haushalt zu viele Maßnahmen enthalten sind, weshalb die Umsetzung fraglich werde. Es sollte darüber nachgedacht werden, einzelne Projekte zu verschieben, was aber nicht bedeute, dass ihre Fraktion gegen diese Projekte sei. Wichtig sei auch, bereits getroffene Zusagen einzuhalten, und die zugehörigen Projekte umzusetzen. Sie führt dazu Maßnahmen im Bereich Kinderbetreuung an. Sie signalisiert grundsätzliche Zustimmung zum vorliegenden Haushalt und erklärt, dass bei Realisierung der einzelnen Projekte genau zu prüfen sei, ob diese umgesetzt werden können und finanziert sind.

Gemeinderat Roland Hecker gibt die Stellungnahme für die FDP-Fraktion ab und zeigt sich überrascht über die zum Haushalt gestellten Nachträge, nachdem nach den Vorberatungen im Finanzausschuss die meisten Dinge klar waren. Er dankt den Mitarbeitern der Kämmerei für den vorgelegten Haushalt, in dem alle Wünsche des Gemeinderats aufgenommen wurden. Er müsse feststellen, dass bei Betrachtung der Situation der

Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis festzuhalten ist, dass hinsichtlich des Haushaltes auf hohem Niveau geklagt werde. Auch seine Fraktion sei für sinnvolle Projekte und sparsame Haushaltsführung, Radikalschläge halte seine Fraktion in dieser Situation nicht für notwendig, sondern für überzogen. Er appelliert an die Verlässlichkeit der Politik, erwähnt beispielhaft Schülerhort, Ganztageschulen und Werkrealschule, die gewährleistet werden müssen. Seiner Meinung nach könne im Verwaltungshaushalt auf der Einnahmenseite nur die Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes in Betracht kommen. Er signalisiert die Unterstützung seiner Fraktion bei der Anhebung auf 290 Prozentpunkte, weil die Haltung der Gemeinde auf dieser Steuereinnahme aufbaue. Im Bereich der Gebührenpolitik sollten seiner Meinung nach keine Erhöhungen in Betracht gezogen werden.

Der Rückgang bei der Rücklage sei nicht neu, sondern allen bekannt, sie reiche aber für die Deckung der Umlageverpflichtungen noch aus. Zum angesprochenen Sparen im Vermögenshaushalt sei es nicht möglich, bei der Zuführung zum Verwaltungshaushalt zu sparen, weil diese für den Ausgleich notwendig wird. Auch bei der Unterstützung der Eigenbetriebe und Gesellschaften sei Sparen nicht möglich. Dies gelte auch hinsichtlich Schulen und Feuerwehr und auch für die Sanierung der Friedhöfe oder beispielhaft die Umgestaltung des Platzes am Adlerweg. Zu sparen sei bei den Wünschen der Fraktionen, z.B. Bücherei, Sporthalle oder Jugendzentrum. Hier könne man sparen indem man diese Einzelmaßnahmen zusammenführt. Auf Grund der Stellungnahmen sehe er das Potential, eine Gesamtmaßnahme, die die einzelnen Projekte bündle, in den kommenden Jahren zu planen und umzusetzen.

Seine Fraktion sei dagegen, die Planungsrate auf Null zurück zu führen, weil nur mit den vorgesehenen Vorhaben gestaltet werden könne. Seine Fraktion unterstütze das Anliegen der Freien Wähler, die 110 kV-Leitung zu verlegen, wobei dies für alle Leitungsvorhaben in Wohngebieten gelten müsse. Unterstützung werde auch signalisiert für das zentrale Vorhaben Bücherei, Sporthalle und Jugendzentrum, die auch dazu dienen könne, Kulturarbeit zu verbessern und zu verstärken. Deshalb müssten die Planungsraten im Haushalt bleiben, wofür er um die Unterstützung seiner Kollegen bittet.

Bürgermeister Eger erklärt, dass im Blick auf die Rücklagen und Umlageverpflichtungen in diesem Jahr ausdrücklich darauf verzichtet wurde, die inneren Darlehen darzustellen. Für 2014 bestehe zwischen Rücklage und Darlehensverpflichtungen eine Deckungslücke von rund 9 Millionen Euro. Nicht berücksichtigt sei, dass bis 2014 innere Darlehen in Höhe von rund 14 Millionen an die Betriebe gegeben werden. Dies wurde absichtlich nicht dargestellt, weil die Betriebe durch die inneren Darlehen Zinssicherheit erhalten sollten, wozu die Niedrigzinsphase genutzt wurde. Damit werde erreicht, dass die Gebühren für die Nutzer niedrig bleiben, was zur Entlastung der Bürger beitrage. Die Betriebe hätten sich genauso am Kapitalmarkt finanzieren können, was sich in höheren Zinsen und Gebühren niedergeschlagen hätte. Daraus ergebe sich, dass die Gemeinde gut gewirtschaftet habe, weil die Bürgerinnen und Bürger durch die Gewährung innerer Darlehen bei den Gebühren begünstigt worden sind. Außerdem verfüge die Gemeinde noch über einen Grundstücksbestand von rund 9 Millionen Euro in den Neubaugebieten und 2,5 Millionen, die die Gemeinde für Grundstücksaufkäufe im Gewerbegebiet „Schiff II“ aufgewendet hat.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Roman Heger** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut in die Niederschrift aufgenommen:

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte was sagen zu dem Antrag der Freien Wähler bezüglich der kV-Leitung. Laut Gerhard Haffner stimmt die Fraktion CDU St. Leon-Rot dem Gemeindehaushalt gemäß der Vorlage zu. Da unsere Fraktion kompromissbereit ist, stimmt unsere Fraktion dem Antrag der Freien Wähler zu, eine Planungsrate für Umlage für Hochspannungsleitung im Haushalt einzuarbeiten. Die Fraktion CDU St. Leon-Rot hätte gern den Passus aufgenommen, dass diese Planungsrate nicht explizit für eine Verlegung eingestellt wird, sondern diese Planungsrate sollte für sämtliche Hochspannungsleitungen, die sich auf dem Gemeindegebiet befinden, eingestellt werden. Ziel muss sein, dass die Hochspannungsleitungen, das sind drei 20 kV-Leitungen plus die 110 kV-Leitungen, aus dem Gemeindegebiet und außerhalb des Flächennutzungsplans 2020 zu legen.

Bürgermeister Eger erklärt, dass diesem Haushalt als Planungsrate Stromleitungsverlegung bezeichnet wird, wobei davon ausgegangen wird, dass mit der Maßnahme angefangen wird, die aktuell anstehe.

Gemeinderätin Anneliese Runde widerspricht den Ausführungen von Gemeinderat Hecker hinsichtlich der Bibliothek in einem Multifunktionsgebäude, in dem sich Sport und Bücherei stören würden. Außerdem könne sie sich nicht vorstellen, wie Bücher außer in Regalen anderweitig zur Nutzung bereitgestellt werden können. Die Kombination Sporthalle und Jugendzentrum sei denkbar, Bücherei eher in Verbindung mit Verwaltungsgebäude.

Sie geht auf die Historie hinsichtlich der von ihrer Fraktion gewünschten Bibliothek ein, für die es nach nicht realisierten Vorstellungen jetzt Zeit werde.

Bürgermeister Eger äußert den Hinweis, dass die inhaltliche Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt erst später geführt werden sollte, wenn die Maßnahme anstehe.

Gemeinderat Roland Hecker betont, dass es für ihn in einer Bücherei nicht nur Bücher, sondern auch andere Medien gebe. Außerdem könnten in einem Multifunktionsgebäude zum Beispiel auch Nutzer des Jugendzentrums an die Bücherei geführt werden. Die Zusammenfassung verschiedener Objekte in einem Zentrum könne auch dazu führen, zwischen den Altersgruppen Verbindungen und Bezüge zu schaffen. Es gehe letztendlich auch darum, was die Gemeinde haben wolle und dabei Flächen und Finanzmittel optimal eingesetzt

werden.

Bürgermeister Eger geht auf Äußerungen ein, in denen der Harres angesprochen wurde. In der Vergangenheit wurde mit Hilfe von Wirtschaftlichkeitsberechnungen herausgearbeitet, in welchen Sparten Defizite entstehen. Man müsse froh über die betriebswirtschaftliche Führung und das Tagungsgeschäft sein, die dazu beitragen, dass das Defizit bei 200.000 Euro gedeckelt werden kann, zumal darin der Betrieb der Sporthalle und der Kegelbahn enthalten ist. Ähnliche Einrichtungen in anderen Kommunen brächten wesentlich höhere Defizite.

Hinsichtlich des Schwimmbades werde wohl noch diskutiert werden. Es sei allerdings darauf hinzuweisen, dass hinsichtlich Betriebskonzept und Defizit bereits 2008 Unterlagen vorgelegt wurden, die nur unwesentlich von den jetzt vorliegenden Zahlen abweichen. Die entsprechenden Beschlüsse seien gefasst. Es könne nicht nachvollzogen werden, dass eventuell Teile des Bades stillgelegt werden sollen, bevor es überhaupt eröffnet ist.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte hier um Aufnahme ins Wortprotokoll, weil ich einen Vorwurf, den der Herr Gerhard Haffner gebracht hat, nicht stehen lassen kann. Als Mitglied im Vorstand der Flurneuordnung kann ich das nicht akzeptieren, dass wir im Vorstand den Vorwurf gemacht bekommen, wir hätten zu langsam gearbeitet. Es lag nie an den Mitgliedern des Vorstandes der Flurneuordnung, dass wir die Zauneidechsen und die ganze Dinge jetzt einsammeln und wegbringen müssen. Vor drei Jahren war der Vorstand der Flurneuordnung eigentlich so weit, dass der Wege- und Gewässerplan hätte verabschiedet werden können von unserer Seite her. Wenn das Amt, Landratsamt oder Flurneuordnung oder wer auch letzten Endes, der Verzögerer war, wenn wir das als Vorwurf kriegen, dann müsste ich dagegen halten und müsste sagen, die Planung der Strasse hat schlicht und ergreifend zu lange gedauert. Weil wenn das vorher fertig gewesen wäre damals, dann hätten wir wahrscheinlich mit den Verzögerungen vom Flurneuordnungsamt und was weiß ich was es alles war, den Plan bevor die EU diese Richtlinie eingebracht hat, mit Sicherheit verabschieden können.

Dann habe ich noch eine Anmerkung zu der FDP. Es freut uns natürlich sehr wenn ihr das Jugendzentrum unterstützt und auch den Antrag gestellt habt. Wir hatten 2005 nachweislich den letzten Antrag gestellt, wo immer der Bau des Jugendzentrums abgelehnt wurde in der Vergangenheit und wir hatten damals die Kompromisslösung, die Übergangslösung, im AWO-Gelände, was hervorragend organisiert wurde und hier auch vielen Dank an die AWO, dass das so wunderbar funktioniert hat, zugestimmt, damit man das Jugendzentrum für unsere Jugend etwas im Ort anbieten können. Vielen Dank!

Gemeinderat Gerhard Haffner antwortet, dass er keine Person angegriffen habe. Für ihn sei es wichtiger, dass die Frage diskutiert werde, ob der Wall Lärmschutz bringe oder nicht. Seiner Meinung nach wäre es besser gewesen, die da investierten Mittel in den Lärmschutz an der Autobahn zu investieren. Für ihn stehe fest, dass diese zusätzlichen Naturschutzmaßnahmen nur erforderlich werden, weil der Wege- und Gewässerplan nicht vor Inkrafttreten der entsprechenden EU- Vorschriften genehmigt worden war.

Bürgermeister Eger weist darauf hin, dass der Erdwall Teil des Gesamtpaketes Umgehungsstraße ist. Unter dem Blickwinkel der gefassten Beschlüsse, stehe er auch er trotz der erheblichen Kostensteigerungen weiter zur Realisierung des Erdwalls.

Gemeinderat Siegfried Köck erklärt, dass der Erdwall seines Wissens auch als Ausgleich für Grünflächen-Ausgleichsmaßnahmen und Sichtschutz dient. Durch den Erdwall und die vorgesehene Verlegung der 110 kV-Leitung werde das betroffene Wohngebiet für die städtebauliche Entwicklung attraktiver.

Bürgermeister Eger informiert, dass der Erdwall weniger als Ausgleich, sondern vielmehr als reine Gemeindefaßnahme gelte, weil sie nicht in das Planfeststellungsverfahren einbezogen wurde.

Bürgermeister Eger stellt der bevorstehenden Beschlussfassung den Hinweis voran, dass viele der im Haushaltsplan enthaltenen Maßnahmen noch inhaltlich zu diskutieren sind und die Ansätze Möglichkeiten eröffnen sollen. Nachdem die Entscheidungsmöglichkeiten der Verwaltung eingegrenzt sind, sind viele Projekte noch im Gemeinderat zu beraten und zu entscheiden.

Anschließend stellt Bürgermeister Eger die gestellten Anträge zur Entscheidung:

Beschlussvorschlag:

Die Herausnahme der Planungsraten für Schülerhorte, Hallenbad Rot, Hallenbad St. Leon, Jugendzentrum und Sporthalle Rot aus dem Haushalt 2011.

Die Herausnahme der Planungsansätze wird mit 14 Gegenstimmen, bei 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die Herausnahme des Finanzierungsanteils für die Sanierung/ den Neubau des Restaurants am St. Leoner See in Höhe von 500.000 €

Die Herausnahme des Finanzierungsanteils für das Restaurant des St. Leoner Sees wird bei 8 Ja-Stimmen, mit 10 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Anschließend stellt Bürgermeister Eger den Antrag der Freien Wähler, die Planungsrate für die Sporthalle auf 30.000 € zu reduzieren und unter Genehmigungsvorbehalt des Gemeinderats zu stellen, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat lehnt den Beschlussvorschlag bei 9 Ja-Stimmen mit 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen ab.

Weiter stellt Bürgermeister Eger folgenden **Beschlussantrag**:

Wer ist dafür, eine Planungsrate von 20.000 € für die Stromleitungsverlegung in den Haushalt 2011 aufzunehmen?

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 15 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, zu.

Bürgermeister Eger unterbreitet den nächsten **Beschlussvorschlag**:

Reduktion der Ansätze für die Sporthalle in der Finanzplanung 2012-2014 auf 2012 200.000 €, 2013 und 2014 je 500.000, €

Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlussvorschlag bei 7 Ja-Stimmen, mit 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen ab.

Als nächstes stellt Bürgermeister Eger den **Beschlussvorschlag** der Haushaltssatzung 2011 laut Sitzungsvorlage mit den sich aus den vorbeschlossenen ergebenden Änderungen beim Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben sowie den Beträgen im Vermögenshaushalt zur Abstimmung.

Die neue Haushaltssatzung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 15 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, zu.

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag zum Wirtschaftsplan der Erholungsanlage St. Leoner See und geht dabei auf die grundlegenden Zahlen des Erfolgsplanes und des Vermögensplanes ein. Er erwähnt den Jahresverlust in Höhe von 166.300 € und stellt den Betrag der Kreditaufnahmen dar. Er erwähnt beim Jahresverlust, dass dieser durch die Gemeinde ausgeglichen wird. Die wichtigsten Aufgaben des Eigenbetriebs seien Fertigstellung und Inbetriebnahme des Hallenbades und weitere Projekte, die noch beraten und entschieden werden müssen. Dabei führt er das Seerestaurant, das Gebäude Eingang II, Wickelraum Gebäude 2b, Ersatzauto und weitere kleine Maßnahmen an.

Anschließend stellt Bürgermeister Eger den Beschlussvorschlag für die Erholungsanlage St. Leoner See zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 5 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebs Erholungsanlage St. Leoner See wird gemäß der beigelegten Anlage 4 beschlossen.

Zum Eigenbetrieb Wasserversorgung informiert **Bürgermeister Eger** über die Zahlen laut dem Beschlussvorschlag zu diesem Wirtschaftsplan. Er erwähnt, dass der Erfolgsplan voraussichtlich mit rund 1 Million Euro und der Vermögensplan mit rund 200.000, € abschließen werde. Kreditaufnahmen seien nicht vorgesehen, für Kassenkredite werde ein Betrag von 500.000 € festgesetzt. Er geht auf die investiven Maßnahmen im Bereich der Versorgungsleitungen und der Verteilerschächte ein. Diese Investitionen seien nur möglich, weil Gebührenerhöhungen vorgenommen wurden.

Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag zum Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebs Wasserversorgung zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Gemeindewasserversorgung wird gemäß der beigelegten Anlage 2 beschlossen.

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und stellt die im Beschlussvorschlag der zum Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung St. Leon-Rot aufgeführten Beträge und Zahlen dar. Hauptaufgabe des Betriebs im Jahr 2011 werde die Umstellung der Gebührenabrechnung sein. Dies sei Voraussetzung dafür, dass dem Eigenbetrieb wieder Mittel zur Verfügung stehen. Er stellt den Beschlussvorschlag zum Wirtschaftsplan 2011 zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung St. Leon-Rot wird gemäß der beigelegten Anlage 3 beschlossen.

Bürgermeister Eger unterbricht die Sitzung für eine zehnmündige Pause.

Nach der Pause schlägt **Bürgermeister Eger** vor, den Tagesordnungspunkt 6 vorzuziehen, weil dieser heute zu entscheiden wäre und dazu außerdem ein Gast anwesend ist.

Der Gemeinderat ist damit einstimmig einverstanden.

Sitzung am: Dienstag, 25. Januar 2011	Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	5
Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR)			
- Festlegung des Umstellungszeitpunktes -			

Ausführungen und Beschluss:

Auf Beschluss des Gemeinderates wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

Sitzung am: Dienstag, 25. Januar 2011	Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	6
Satzungsbestimmung „ Bemessungsgrundlage Niederschlagsgebühr“			

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger weist in einführenden Worten auf die zu entscheidenden Grundlagen hin, und er berichtet, dass die Abgabepflichtigen bereits angeschrieben wurden. Bisher hätten sich nur Hausverwaltungen mit Fragen an die Verwaltung gewandt. Denen sei es darum gegangen, ob die Beträge bei abweichenden Änderungen im Nachhinein von den Mietern erhoben werden können. Er stellt die entsprechende Rechtsauffassung dar, wonach die Mieter nachträglich zum Ausgleich von Nacherhebungen herangezogen werden können. Problematisch werde es allerdings dann, wenn Abrechnungen mit amerikanischen Mietern notwendig werden.

Herr Klaus Spahn, Büro Schneider und Zajontz, Heilbronn, hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und untermauert diesen mit auf Folien festgehaltenen Inhalten. Die Folien sind diesem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt.

Er weist in seinen Ausführungen ausdrücklich darauf hin, dass es nicht darum gehe, die angefallenen Gesamtkosten zu erhöhen, vielmehr werden die gleichen Kosten wie bisher nach einem anderen Verteilerschlüssel umgelegt. Hinzu käme lediglich einmal der Aufwand für die Ermittlung des neuen Gebührenmaßstabes für das Niederschlagswasser sowie Aufwendungen für Änderungen.

Im Rahmen des Vortrages wird der vorgestellte Selbstauskunftsbogen zur Verdeutlichung kopiert und an die Gemeinderäte sowie die Zuschauer verteilt. Nach Aussage von Herrn Spahn werden 95% der Selbstauskunftsbögen problemfreie Anwesen betreffen, erfahrungsgemäß lediglich ca. 5 % kompliziertere. Abschließend stellt **Herr Spahn** fest, dass es heute um das Verfahren für die Flächenermittlung gehe und um die Einführung der Abwassergebühr rückwirkend zum 01.01.2010.

Bürgermeister Eger ergänzt, dass die Entscheidung des Gerichts im März 2010 getroffen würde und daraus resultiere, dass eine andere Berechnung als die gesplittete Wassergebühr dazu führe, dass eine andere Abrechnung als Betrugsversuch mit strafrechtlichen Konsequenzen eingeordnet werde. Deshalb habe man die Abwasserbescheide ab 2010 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gestellt, so dass diese reversierbar werden.

Gemeinderat Karl Ittensohn nimmt im Namen seiner Fraktion Stellung und signalisiert Zustimmung zur Verwaltungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Die Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen und gestellt werden, werden von Herrn Spahn umfassend und ausreichend beantwortet. Er geht dabei darauf ein, dass bei der Befliegung projizierte Dachflächen ermittelt werden. Nachdem die Flächen ermittelt sind, erhalten die Grundstückseigentümer Selbstauskunftsbögen, die zu prüfen und zurückzugeben sind, wobei die Rückläuferquote auf Grund der Erfahrungen der anderen Gemeinden sehr hoch ist. In den Bögen seien keine Querverweise hinsichtlich der Höhe der künftigen Abwassergebühren enthalten, weil dies nicht machbar ist, da ein Gebührenmaßstab erst ermittelt werde. Erfahrungsgemäß könne gesagt werden, dass etwa 50-70% der Betroffenen keine Änderungen erfahren. Bei den anderen verteile es sich auf Erhöhungen oder Verminderungen. Die Kosten zwischen Schmutz- und Niederschlagswasser werden anhand der Buchungen bei den einzelnen Kostenstellen ermittelt. Aus der Erfahrung heraus kann gesagt werden, dass etwa 20-25% auf das Niederschlagswasser, die restlichen 75-80% auf die Schmutzwasserverteilung entfallen.

Die Nachfrage nach der Änderung der Faktoren zugunsten älterer Einwohner wird mit dem Hinweis beantwortet, dass die vorgeschlagenen Faktoren auf einem Vorschlag des Gemeindetages Baden-Württemberg beruhen, der diesen aus der Literatur und den Erfahrungswerten ermittelt und vorgeschlagen habe. Hinsichtlich Änderungen dürfe man sich nicht dem Vorwurf der ortsgesetzgeberischen Willkür aussetzen, was durch die mit der Änderung der Faktoren einhergehende Verschiebung der Gebührenansätze zu Gerichtsverhandlungen führen könne. Dabei bestehe die Gefahr der Bruchlandung, weil keine sachgerechten Grundlagen geschaffen wurden. Fragen nach Behandlung von Zisternen sowie deren Anrechnung werden ebenso behandelt wie die Höhe des voraussichtlichen Niederschlages in der Gemeinde, wobei auf Grund der in der Region gegebenen Niederschlagsmengen von durchschnittlich 700 ml je qm und Jahr ausgegangen werden kann.

Die Rückwirkung der Neuberechnung zum Jahr 2010 ist deswegen notwendig, weil das Gerichtsurteil in dem Jahr ergangen ist und auf dessen Basis die Verwaltung die Gebührenbescheide rechtssicher zu erlassen hat. Nachdem dies seit 2010 nicht möglich ist, wurden die Bescheide 2010 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erlassen, um nachträgliche Änderungen zu ermöglichen, die sich aus dem jetzt festzustellenden Gebührenmaßstab ergeben.

Es wird dargestellt, dass die Angaben in den Selbstauskunftsbögen nach Rücklauf kontrolliert werden. Außerdem besteht für die Auskunftspflichtigen die Wahrheitspflicht nach dem Kommunalabgabengesetz, wobei unwahre Angaben als Abgabekürzung auch strafrechtlich relevant sind.

Anschließend geht **Herr Spahn** auf die vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit ein, an deren Anfang zunächst eine Veranstaltung zur Bürgerinformation stehe, in denen zahlreiche Beispiele Aufschluss geben sollen. Außerdem werde ein Beratungsbüro für Bürger im Rathaus eingerichtet, in der Einzelberatung möglich ist. Weiter werde eine Infobroschüre herausgegeben, die ausliege und außerdem auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht werde. Bisher habe sich gezeigt, dass diese Information der Bürger ausreichend ist. Die Frage, ob es innerhalb der Gemeinde unterschiedliche Maßstäbe geben könnte, wird mit dem Hinweis beantwortet, dass pro Abwassereinrichtung einheitliche Maßstäbe gelten müssen.

Abschließend stellt Bürgermeister Eger den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kalkulation der Abwassergebühr für 2010, 2011 und 2012 und die Ermittlung und Bewertung der Versiegelungsflächen, auf der Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfs vorzunehmen

Satzungsentwurf zur Abwassersatzung (AbwS) vom - nur Auszug -

- Auszug -

§ 40 a Bemessung der Niederschlagswassergebühr

1) Bemessungsgrundlage für die Niederschlagswassergebühr (§...) sind die überbauten und darüber hinaus befestigten (versiegelten) Flächen des an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossenen Grundstücks, von denen Niederschlagswasser unmittelbar oder mittelbar den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt wird. Maßgebend für die Flächenberechnung ist der Zustand zu Beginn des Veranlagungszeitraumes; bei erstmaliger Entstehung der Gebührenpflicht, der Zustand zum Zeitpunkt des Beginns des Benutzungsverhältnisses.

(2) Die versiegelten Flächen werden mit einem Faktor multipliziert, der unter Berücksichtigung des Grades der Wasserdurchlässigkeit für die einzelnen Versiegelungsarten wie folgt festgesetzt wird:

- | | |
|--|-----|
| a) Vollständig versiegelte Flächen, z.B. Dachflächen, Asphalt, Beton, Bitumen | 1,0 |
| b) Stark versiegelte Flächen, z.B. Pflaster, Platten, Verbundsteine, Rasenfugenpflaster | 0,7 |
| c) Wenig versiegelte Flächen, z.B. Kies, Schotter, Schotterrasen, Rasengittersteine, Porenpflaster, Gründächer | 0,4 |

Für Tiefgaragendächer gilt die Faktorierung für Dachflächen bzw. Gründächer entsprechend.

d) Für versiegelte Flächen anderer Art gilt der Faktor derjenigen Versiegelungsart nach Buchstaben a) bis c), die der vorliegenden Versiegelung in Abhängigkeit vom Wasserdurchlässigkeitsgrad am nächsten kommt.

(3) Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser über eine Sickermulde, ein Mulden-Rigolensystem oder eine vergleichbare Anlage mit gedrosseltem Ablauf oder mit Notüberlauf (Überlauf) den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt wird, werden mit dem Faktor 0,2 berücksichtigt. Dies gilt aber nur für Flächen oder Flächenanteile, für die angeschlossenen Versickerungsanlagen ein Mindestfassungsvolumen von 2 m³ aufweisen und ein Stauvolumen von 1 m³ je angefangene 25 m² angeschlossene Fläche besitzen.

(4) Flächen, die an Zisternen ohne Überlauf angeschlossen sind, bleiben im Rahmen der Gebührenbemessung unberücksichtigt. Für Flächen, die an Zisternen mit Überlauf angeschlossen sind gilt folgendes:

- | |
|---|
| a) bei Regenwassernutzung ausschließlich zur Gartenbewässerung werden die Flächen mit dem Faktor 0,8 berücksichtigt; |
| b) bei Regenwassernutzung (ganz oder teilweise) im Haushalt oder Betrieb werden die Flächen mit dem Faktor 0,2 berücksichtigt. Sätze 1 und 2 gelten nur für Zisternen, die fest installiert und mit dem Boden verbunden sind, sowie ein Mindestfassungsvolumen von 2 m ³ aufweisen und ein Stauvolumen von 1 m ³ je angefangene 25 m ² angeschlossene Fläche besitzen. |

Mit dem Dank an Herrn Spahn beendet **Bürgermeister Eger** den Tagesordnungspunkt.

Bürgermeister Eger bittet darum den Tagesordnungspunkt 11 noch zu behandeln.

Sitzung am: Dienstag, 25. Januar 2011 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Landtagswahl am 27. März 2011; ehrenamtliche Entschädigung der Wahlhelfer	

Ausführungen und Beschluss:

Auf Vorschlag von **Bürgermeister Eger** wird dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls noch entschieden. Er verweist dazu auf die Vorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die ehrenamtliche Entschädigung der Wahlhelfer für die Landtagswahl am 27. März 2011 wird auf 50 Euro festgesetzt.

Bürgermeister Eger bittet darum, den Tagesordnungspunkt „Verkauf der Minigolfanlage“ aus dem nichtöffentlichen Teil zu entscheiden, weil dies eilbedürftig sei und den bisherigen Besitzern geholfen werden sollte. Wegen der Vertraulichkeit verzichtet er auf Sachvortrag, da die Gemeinderäte mit der Vorlage informiert sind. Ansonsten müsste eine kurzfristig anberaumte Sondersitzung einberufen werden.

Der Gemeinderat stimmt dem bei Tagesordnungspunkt 3 der nichtöffentlichen Sitzung enthaltenen Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeister Eger schließt die Sitzung.

Sitzung am: Dienstag, 25. Januar 2011 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Genehmigung von Spenden für Gemeindeeinrichtungen	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Annahme der Spende laut nachfolgender Aufstellung und gibt die Verwendung für die genannten Zwecke frei:

Datum	Spender	Betrag	Empfänger	Verwendungszweck
04.01.2011	Dietmar-Hopp-Stiftung	5.000,00 €	Gemeinde St. Leon-Rot Förderstiftung	Förderung örtlicher Vereine